

## **Bürgerinformation „Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen“**

am 14. Februar 2019, 19.00 Uhr im Bürgerhaus Ringsheim

### **Dokumentation**

#### **Begrüßung und Einführung**

Der Geschäftsführer des Zweckverbands Abfallbehandlung Kahlenberg (ZAK), Herr Georg Gibis, begrüßte die über 350 Teilnehmenden zur Bürgerinformationsveranstaltung im Bürgerhaus Ringsheim. Die Moderatorin des Abends, Carla Schönfelder (Moderationsbüro team ewen) erläuterte den geplanten Ablauf: Ziel der Veranstaltung sei es, über die geplante Anlage zur „Thermischen Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen (EBS)“ mit Hilfe eines Vortrags von Herrn Gibis zu informieren. Anschließend sei ausreichend Zeit für Rückfragen aus der Bürgerschaft. Herr Gibis erläuterte anhand seines Vortrags Anlass, Zielsetzung und den Stand der Vorbereitungen für die Anlage, die auf dem Gelände des ZAK in Ringsheim unter anderem zur Vermeidung der Biotonne und zur Rückgewinnung von Rohstoffen wie Phosphor entstehen soll. [Anmerkung: Die Präsentation des ZAK ist abrufbar unter <https://www.ringsheim.de/dynasite.cfm?dsmid=18728> und auf der Homepage des ZAK unter [www.zak-ringsheim.de](http://www.zak-ringsheim.de).]

#### **Rückfragen und Diskussion**

Bürgermeister Pascal Weber stellte zu Beginn der Fragerunde das Positionspapier der Gemeinde Ringsheim vor und schilderte die Beweggründe für die Gemeinde, die zu diesem Papier geführt haben. [Das Positionspapier ist abrufbar unter <https://www.ringsheim.de/dynasite.cfm?dsmid=18728>]

Anschließend stand Herr Gibis den Bürgerinnen und Bürgern gut 1,5 Stunden für ihre Rückfragen zur Verfügung. Die Fragen (*kursiv gesetzt*) und Antworten sind im Folgenden zu thematischen Blöcken zusammengefasst:

- Emissionen (Welche Belastungen sind zu erwarten?)
- Verkehr
- Verlässlichkeit der Planungen
- Informationsaustausch
- Planung / Genehmigungsverfahren

- Sonstiges

### Emissionen (Belastungen)

- *Auch wenn die Zusatzbelastungen, wie in der Präsentation dargestellt, nur sehr gering sind: Es sind doch Belastungen, die zu denen der bereits bestehenden Anlage und der Deponie hinzukommen. Hier müsse die Gesamtbelastung der Bürgerinnen und Bürger gesehen werden.*

*Ringsheim hat bereits eine Anlage. Wird wirklich noch eine weitere mit neuen Emissionen benötigt? Kann sie nicht woanders gebaut werden?*

Bestimmte Standortkriterien müssen erfüllt sein, was beim ZAK in Ringsheim gegeben ist. Diesen Aspekt, wie auch die anderen aus dem Positionspapier der Gemeinde Ringsheim, wird der ZAK mit dem Gemeinderat im Nachgang zur Veranstaltung schriftlich erläutern.

- *Wie ist eine Reduzierung der Emissionen von 25 Prozent (Garantiewert) auf 5 Prozent (Erwartungswert Realbetrieb) möglich? Eine Firma bewirbt sich doch auf die Ausschreibung mit den höheren Werten. Ist es realistisch, dass Unternehmen es schaffen, die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte so deutlich zu unterschreiten?*

Laut momentanem Stand der Technik ist es möglich, auch die ehrgeizigen Werte einzuhalten. Es soll die beste, vorhandene Technik genutzt werden, um bestmögliche Werte zu erreichen. Bei den angegebenen Werten handelt es sich nicht um leere Versprechungen, sondern um reale Betriebswerte. Der ZAK hat auch mit seinen bestehenden Anlagen die Erfahrung, dass es möglich ist, die Garantiewerte deutlich zu unterschreiten. Sollten die angestrebten minimalen Emissionen nicht realisierbar werden, werde der ZAK die Anlage auch nicht bauen. Die Emissionen der Anlage sollen nach Inbetriebnahme ins Internet gestellt werden, so dass sie jederzeit transparent abrufbar sein werden.

- *Wie kann man so geringe Werte jetzt schon angeben, wenn die Anlage noch nicht ausgeschrieben und konkret geplant ist?*

Diese Berechnungen sind auch im aktuellen Vorplanungs-Stadium durchführbar, weil die Experten, die den ZAK bei der Planung unterstützen, die Reinigungsstufen kennen.

- *Kann es sein, dass mit der Zeit die Anlage immer mehr verwertet und dadurch dann die Emissionen ansteigen?*

Es können 3t/h verbrannt werden. Mehr geht nicht, weil es dann neue Genehmigungsanträge geben und die Auslegung neu verhandelt werden müsste.

Insgesamt kann die Anlage 24.000 Tonnen pro Jahr verarbeiten. Diese Auslastung muss gewährleistet werden, da Recycling wichtig ist.

- *Wie sieht es aktuell mit der Belastung aus?*

Die genauen Angaben können nachgelesen werden. Momentan beträgt der Wert 1/20 bis 1/30 des Grenzwertes (Herr Richter).

- *In welchem Maß werden die Emissionsbelastungen steigen?*

Eine Erhöhung der Werte kann nicht ausgemacht werden. Es soll kein Plus geben, denn die Grenzwerte sind festgelegt und dürfen nicht überschritten werden. Das Ziel ist es, eine Steigerung so gering zu halten, dass sie über die Messgeräte nicht nachweisbar sein wird.

- *Welche Belastung entsteht durch die Schadstoffe? (Krebs bei Eltern)*

Menschen sind ständig Emissionsbelastungen ausgesetzt und wie das Umweltbundesamt (UBA) in verschiedenen Studien aufzeigte<sup>1</sup>, kommt die meiste Belastung aus Lebensmitteln. Gerade bei Dioxinen und Furanen sind andere Quellen wesentlich stärker als die, die von den Anlagen des ZAK ausgehen.

- *Es lassen sich Pflanzenschutzmittel im Trinkwasser nachweisen, weil es inzwischen bessere Messmethoden gibt. Könnten diese auch bei den Emissionen dabei sein?*

Technisch lassen sich Pflanzenschutzmittel im Wasser leichter nachweisen. Eine Emission von Pflanzenschutzmitteln aus der Anlage ist nicht möglich. Falls überhaupt könnten Pflanzenschutzmittel nur über die Brennstoffe in der Anlage gelangen, würden dann aber in der Verbrennung zerstört. Im Allgemeinen würden sich schadstoffhaltige Rückstände in der Asche anreichern und über diese ordnungsgemäß entsorgt.

---

<sup>1</sup> z.B.:

[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018\\_10\\_uba\\_hg\\_dioxine\\_bf\\_ne\\_u.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018_10_uba_hg_dioxine_bf_ne_u.pdf)

<https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3649.pdf>

<https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3556.pdf>

<https://www.zvaws.de/infos/buwal04diox.pdf>

### Verkehr

- *Wäre es möglich, den sogenannten „Sauweg“ (= südliche Verlängerung der Oberfeldstraße) in Ringsheim auszubauen und dort die LKW zum ZAK entlang zu führen?*

Durch einen Ausbau des „Sauwegs“ würde die Belastung auf die dortigen Anwohnerinnen und Anwohner verlagert. Daher ist dies aus Sicht des ZAK keine gute Option. Vielmehr sollte der Vorschlag der Gemeinde (Verlängerung der Brücke über die ehemalige B3 über die Bahnlinie hinaus) genauer geprüft werden. Beim Thema Verkehr sollte auch darauf geachtet werden, wie die Gemeinde Herbolzheim entlastet werden kann.

### Verlässlichkeit

- *Wird es nicht vielleicht doch, z.B. bei zu geringer Auslastung, dazu kommen, dass Müll aus anderen Landkreisen in die Anlage geliefert wird?*

Es wird nur Müll aus dem eigenen Landkreis in die Anlage gebracht. Mit dem ausreichend vorhandenen Biomassebrennstoff wird einer zu geringen Auslastung vorgebeugt. Es wird also auch in einigen Jahren nicht passieren, dass die Anlage anders als festgelegt genutzt werden wird.

- *Wie sieht der Umgang mit Klärschlamm aus?*

Allgemein gilt bundesweit: Klärschlamm muss verwertet und darf nicht mehr auf Felder ausgebracht werden. Es ist jedoch keine Klärschlammverwertung in der ZAK-Anlage geplant. Die Anlage wird technisch nicht zur Verwertung von Klärschlamm ausgelegt sein, und auch die Gemeinde hat sich deutlich gegen die Klärschlammverwertung ausgesprochen. Dies will der ZAK berücksichtigen. Im Zuge der Errichtung der Anlage kann es allerdings Versuche mit Klärschlamm geben. Die Versuche wurden in den Förderantrag aufgenommen, um mit diesem auch die Förderchancen weiter zu verbessern. Die Versuche werden, wenn überhaupt welche stattfinden, für andere Anlagen durchgeführt. In Mainz und Trier gibt es solche Anlagen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Ergänzende Anmerkung des ZAK: Die Versuche mit Klärschlamm wurden in den Förderantrag aufgenommen, da sie innovativ sind und auch das Umweltministerium ein übergeordnetes Interesse daran hat: Die Versuche würden durchgeführt werden, um die Machbarkeit und die ökologischen Vorteile einer gemeinsamen Behandlung von heizwertreichem Ersatzbrennstoff und nicht getrocknetem, heizwertarmem Klärschlamm zu zeigen. Die Ergebnisse könnten für andere Anlagen, welche ausschließlich Klärschlamm verbrennen (sog. Klärschlamm-Monoverbrennungsanlagen) interessant sein.

- *Wofür wird die geschaffene Infrastruktur am Ende wirklich genutzt?*

Die Infrastruktur soll nur für den ursprünglichen Zweck genutzt werden.

### Informationsaustausch

- *Der ZAK hätte früher berichten müssen. Es gab keine Berichterstattung in der Zeitung.*

Dies ist nicht korrekt. Der ZAK hat schon im Jahr 2018 in öffentlichen Sitzungen (Kreistag) in vier Terminen über das Projekt berichtet. Darüber gab es auch Presseartikel, die aber noch nicht auf so großes Interesse stießen. Zudem hat der ZAK über das Projekt in den Gemeinderäten von Ettenheim und Herbolzheim, sowie im Ringsheimer Gemeinderat berichtet.

Dennoch nimmt sich der ZAK die Kritik sehr zu Herzen und möchte seine Gesprächsbereitschaft und den Willen zur Transparenz noch einmal betonen.

- *Die Berichterstattung in der Zeitung wurde bemängelt: Das Wort „Verbrennung“ wäre in den Berichten nicht einmal genannt worden.*

Hier wurden unterschiedliche Wahrnehmungen deutlich. Andere hatten durchaus in Artikeln den Begriff der Verbrennung gelesen. Aber gerade dieser Begriff ist aus Sicht des ZAK technisch nicht passend. Da es sich bei der geplanten Anlage eben nicht um die klassische Müllverbrennung handelt, sondern um die Verwertung der Ersatzbrennstoffe.

- *„Firmenproblematik“ MYT Business Unit GmbH.*

Die 1,7 Millionen Euro stammen aus Lizenzeinnahmen. Bei der Firma handelt es sich um eine Tochterfirma, die nicht so unbekannt ist wie es dargestellt wurde. Es werden Technikanwendungen gefördert und die Gewerbesteuer gezahlt. Die erwirtschafteten Gewinne kommen durch das Anmelden von internationalen Patenten zustande und fließen zu 100 Prozent in die Gebühreneinnahme. So können die Abfallgebühren der Landkreise stabil gehalten werden und dem Bürger zugutekommen.

### Planung

---

- *Läuft die Anlagenplanung unter § 35 BauGB (privilegierte Baumaßnahmen im Außenbereich)?*

Es ist richtig, dass es für die Anlagen des ZAK keinen Bebauungsplan gibt. Die Frage bez. § 35 BauGB konnte in der Bürgerinformation nicht direkt beantwortet werden

Nachträgliche Erläuterung des ZAK:

Der ZAK geht davon aus, dass die geplante Anlage als Erweiterung der bestehenden MBA ein nach § 38 BauGB privilegiertes Vorhaben darstellt, auf welches die §§ 29 – 37 BauGB keine Anwendung finden.

Hintergrund: „Der Bau der MBA Kahlenberg stellt ein nach § 38 BauGB privilegiertes Vorhaben dar, da es sich um eine öffentlich-rechtliche Abfallbeseitigungsanlage handelt. Daher sind die §§ 29 – 37 BauGB nicht anzuwenden.“ So steht es in der Genehmigung der MBA. Die neue Anlage zur Verwertung der Ersatzbrennstoffe der MBA dürfte als Erweiterung der MBA ebenso als privilegiertes Vorhaben gemäß § 38 BauGB von der Anwendung der §§ 29 – 37 BauGB ausgenommen sein.

- *Gibt es nicht aktuell Überkapazitäten bei anderen Anlagen?*

Nein, durch das Bevölkerungswachstum und den industriellen Bedarf von Ersatzbrennstoffen fehlen Kapazitäten. Durch das Abschalten der Kohlekraftwerke entsteht weiterer Bedarf. Momentan herrscht eine eklatante Unterkapazität.

- *Was beinhalten die 7,5 Millionen Euro vom Land? Muss es dafür nicht bereits exakte Pläne geben?*

Der Zuschuss vom Land kommt, weil es sich hier um ein Pilotvorhaben handelt. Es handelt sich um Fördermittel aus einem Innovationsfonds. Investitionen in eine „normale“ Anlage würde das Land nicht fördern. Für ein solches Pilotvorhaben reicht es aus, im Antrag nachvollziehbar zu beschreiben, wie die Planungen aussehen, aber es müssen keine genauen Anlagen oder Baupläne beiliegen. Der Antrag musste mehrfach an die Vorgaben angepasst werden, um gewisse Grundlagen zu erfüllen. Zunächst gibt es eine Förderzusage und dann werden die Einzelschritte step by step umgesetzt.

- *In der aktuellen Anlage wird doch die Biomasse bereits verwertet. Reicht diese bestehende Anlage nicht aus, um die Biotonne in den Landkreisen Ortenau und Emmendingen zu vermeiden?*

Aus Sicht des ZAK würde auch die bestehende Anlage ausreichen, den gesamten Hausabfall zu verwerten und somit auch die Biotonne zu umgehen. Aus Sicht des Landes ist dies nicht ausreichend. Hier werden höhere Anforderungen z.B. bezüglich der Phosphor-Rückgewinnung, gestellt. Dies kann nur die neue Anlage liefern. Allerdings hat die neue Anlage – wie im Einführungsvortrag erläutert - auch für den ZAK den Vorteil, dass die Ersatzbrennstoffe im eigenen Betrieb verwendet werden können.

- *Wird es eine Weiterverwertung anderer Rohstoffe über Phosphor hinaus geben, bspw. Ammoniak oder Stickstoff?*

In der bestehenden MBA wird bereits heute Stickstoff aus der Abluft durch saure Wäsche zurückgewonnen. Dabei entsteht Ammoniumsulfat, welches extern stofflich verwertet wird.<sup>1</sup>

- *Gibt es nicht bessere und effizientere Möglichkeiten, Phosphor zurückzugewinnen?*

Aus Wasser / Flüssigkeiten lässt sich Phosphor (Phosphate) relativ einfach zurückgewinnen. Das besondere an dieser Anlage ist aber gerade die Phosphor-Rückgewinnung aus Feststoffen. Und hier ist Phosphor auch in größeren Mengen enthalten.

- *Wäre es nicht möglich eine Biotonnen-Verwertungsanlage an anderer Stelle zu errichten?*

Dazu bräuchte es einen akzeptierten Standort und eine Genehmigung der Anlage. Emissionsgrenzwerte müssen auch dort eingehalten werden. Durch die zusätzliche Entleerung von Biotonnen würde gegenüber heute die Verkehrsbelastung in der Gemeinde Ringsheim noch zunehmen.

### Sonstiges

- *Besteht die Option, die Deponie zu öffnen, um daraus wertvolle Rohstoffe zu gewinnen (Stichwort: Urban Mining)?*

---

<sup>1</sup> Ergänzende Anmerkung des ZAK: In der neuen Anlage ist eine Rückgewinnung von Ammoniak oder Stickstoff nicht sinnvoll. Der Fokus liegt dort in der Verminderung der Emission von Stickstoffverbindungen (spez. Stickoxiden). Im Rahmen der Rückgewinnung von Phosphor aus den Aschen der Biobrennstoffe soll allerdings geprüft werden, ob nicht noch weitere Rohstoffe rückgewonnen werden könnten (z. B. Technologie-Metalle, Seltene Erden)

Die Idee des Deponierückbaus geht immer mal wieder um, ist in diesem konkreten Fall aber schwierig. Es müsste in die aktive Deponie eingegriffen werden und das Vorgehen wäre sehr teuer. Somit ist das nicht für den ZAK geplant.

- *Wie viel zahlt der ZAK derzeit für die Abgabe der Ersatzbrennstoffe (EBS) an die TREA?*

EBS werden nicht an die TREA abgegeben. Für Biobrennstoff bzw. EBS, der z. B. dem Kraftwerk der Papierfabrik Koehler, Oberkirch, angeliefert wird, bezahlt der ZAK etwa 40 EUR pro Tonne.

- *Die Anlage grenzt an ein FFH-Gebiet. Für die vorgesehene Verglasung am Gebäude wurde die Bitte vorgetragen, darauf zu achten, Vogelschlag vorzubeugen.*

Dieser Punkt wird berücksichtigt werden.

- *Die Forderung der Gemeinde aus dem Positionspapier aufgreifend: Es wäre doch sinnvoll, die Einsparungen, die die Landkreise durch die Vermeidung der Biotonne verbuchen können, für die Sanierung der Stollen unter der Deponie zu verwenden.*

Dieser Punkt wird vom ZAK in die Gespräche mit dem Gemeinderat mitgenommen.